

Generalversammlung des Frauenbundes zur Hebung der Sittlichkeit

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): - (1911)

Heft 7

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-325867>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sich verheiratet, so wäre zweifellos diese Bedingung als ungesetzlich abzulehnen. Nun liegt aber tatsächlich im Beschlusse der Zentralschulpflege keine solche Bedingung. Vielmehr wird darin lediglich als Wegleitung für die zukünftige Tätigkeit der Behörde der Satz aufgestellt, dass zur Wahl nur eine Lehrerin vorgeschlagen werde, die sich verpflichtet zurückzutreten, wenn sie sich verheirate.“

„Weiter wird dann so argumentiert, die Zentralschulpflege könne innerhalb des gesetzlichen Rahmens zum Lehramte vorschlagen, wen sie wolle, es stehe ihr frei, überhaupt keine Lehrerinnen vorzuschlagen.“

„Die Konstruktion, der angefochtene Beschluss der Zentralschulpflege charakterisiere sich überhaupt nicht als eine Bedingung, ist verfehlt. Unter einer Bedingung versteht man im Rechtssinne, wenn etwas von einer gewissen Tatsache abhängig gemacht wird. Indem der Bezirksrat davon ausgeht, die Zentralschulpflege nehme den Lehrerinnen bei der Wahl die streitige Verpflichtung nicht in der Eigenschaft als Gegenkontrahent ab, weil der öffentlich-rechtliche Dienstvertrag zwischen der Wählerschaft und der Lehrerin direkt abgeschlossen werde . . . sagt man deutlich: Wenn die Zentralschulpflege gegenüber den Lehrerinnen zugleich Wahlbehörde wäre, so müsste der Beschluss vom 26. Januar 1911 als eine im Gesetz nicht vorgesehene Bedingung betrachtet und als ungültig aufgehoben werden.“

„Nun ist aber der zweiten Instanz fatalerweise entgangen, dass sie aus dieser Logik nicht die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen gezogen hat. Die Zentralschulpflege ist gegenüber den Arbeitslehrerinnen und Fachlehrerinnen sowie Kindergärtnerinnen direkt Wahlbehörde. Nach der Ansicht des Bezirksrates würde sich der angefochtene Beschluss also als ungesetzliche Bedingung charakterisieren. Daraus folgt ohne weiteres, dass der Beschluss wenigstens gegenüber den Arbeitslehrerinnen, Fachlehrerinnen und Kindergärtnerinnen haltlos ist.“

„Nun sagen wir aber auch, dass der Beschluss der Zentralschulpflege vernünftigerweise als Bedingung gegenüber den vom Volke gewählten Lehrerinnen angesehen werden muss. Man muss sich vergegenwärtigen, wie das Wahlgeschäft vor sich geht. Sind Lehrstellen frei, dann wird eine Kommission aus der Kreisschulpflege bestellt, von deren Mitgliedern die Kandidaten besucht werden. Hierauf folgt die Beratung im Plenum der Kreisschulpflege. Bis die Zentralschulpflege über das Wahlgeschäft berätet, sagt kein Mensch etwas vom Zölibat. Erst nach dem die Zentralschulpflege das Geschäft an Hand genommen hat, wird die Kandidatin zur Unterzeichnung der betreffenden Verpflichtung genötigt, ansonst man ihr androht, sie werde nicht zur Wahl vorgeschlagen. Es handelt sich also hier nicht um eine im Rahmen des Gesetzes gehaltene freie Willkür der Behörde bei Ausübung des Vorschlagsrechtes, sondern um der Lehrerin durch Ausnützung der Umstände abgerungene Bedingungen; man will etwas erzwingen, was im Gesetze nicht vorgesehen war. Die Zentralschulpflege handelt hiebei als Vertreterin des Wahlkörpers und wenn gegebenen Falls in einem Zivilprozesse darüber gestritten würde, ob die den Lehrerinnen abgenommene Verpflichtung deswegen ungültig sei, weil sie sich nicht mit dem Gesetze decke, so wäre sie gewiss die erste, welche behaupten liesse, sie habe als Vertreterin des Dienstherrn gehandelt. Sobald man der letztentwickelten Auffassung beitrifft, haben wir es mit einer Bedingung zu tun. Denn dann wären die Abmachungen zwischen Lehrerin und Zentralschulpflege ein Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Dienstvertrages geworden.“

In der Diskussion, die sich dem Vortrage anschloss, wurde mehrmals lebhaft betont, es handle sich hier nicht darum, die Frage zu entscheiden, inwieweit es wünschbar sei, dass die

Lehrerin nach ihrer Verheiratung im Amte verbleibe, aber es gelte, für die Frau das Recht festzustellen, über ihre persönlichen Angelegenheiten selbst zu entscheiden. Ob sie die Aufgaben der Frau, vielleicht auch Mutter mit der Aufgabe der Lehrerin verbinden könne und wolle, müsse ihrem eigenen Urteil überlassen werden. Für den Fall, dass sich aus einer solchen Doppelaufgabe Misstände für ihr Lehramt ergäben, hätte die Wählerschaft es immer noch in der Hand, bei der nächsten Wiederwahl sie nicht mehr zu bestätigen.

Die Versammlung votierte einen Dank an die Rekurrenten, dafür, dass sie so entschieden und tapfer eine Sache an Hand genommen haben und weiterzuführen gedenken, die eigentlich die Sache der Lehrerinnen selbst gewesen wäre.

Einen Dank wäre man auch versucht der Zentralschulpflege auszusprechen, dafür dass sie durch ihren Beschluss die ganze Angelegenheit einmal zur öffentlichen Diskussion gebracht hat. Es ist durchaus gut, dass sie einmal prinzipiell entschieden werde.

C. R.

Generalversammlung des Frauenbundes zur Hebung der Sittlichkeit.

Am 11. Mai fand in Zürich die diesjährige Generalversammlung des Frauenbundes zur Hebung der Sittlichkeit wie üblich im Schwurgerichtssaal statt, wozu sich eine recht grosse Zahl Mitglieder, Gäste und Freunde eingefunden hatte.

Nach dem Eröffnungswort der Präsidentin, Frau von Planta, gab die Quästorin Fräulein Rahn einen sehr warmen, interessanten und durchgearbeiteten Jahresbericht ab über die verschiedenen Zweige des Vereins und man bekam ein farbenreiches Bild zu sehen an Stelle der sonst so trockenen Berichterstattungen solcher Versammlungen und man spürte der Rednerin an, dass das Herz mit dabei redete, wenn sie an den verschiedenen Türen der Anstalten kurzen Halt machte.

Nachher liess uns Frau Dr. Lüthy, die zürcherische Polizei-Assistentin, einen Einblick tun in ihre Stellung und Arbeit, dass die Stellung erst nach und nach, und zwar aus der Persönlichkeit der jeweiligen Polizei-Assistentin heraus das werden muss, was sie sein soll; — dass das Gebiet ihrer Pflichten ein ganz kolossales werden kann; — dass ihre Rechte und Kompetenzen noch durchaus keine gesetzlich geregelten sind, ging alles mit Klarheit aus ihren Worten hervor. Sie hat verwaorloste Kinder, entlassene Sträflinge, Prostituierte, verlassene Frauen unterbringen, beaufsichtigen, bewachen und schützen müssen — alles zumal! — sie hat oft und wieder ihre Arme zu kurz, ihre Kraft zu klein und ihre Mittel zu beschränkt gefunden und darum dort Hülfe annehmen müssen, wo sie sie gefunden, sei es bei den verschiedenen Vereinen oder der nimmermüden Heilsarmee. Ihr ganzer Wunsch aber geht dahin, eine eigene Heimstätte von der Behörde zu bekommen für alle ihre Hilfsbedürftigen. — Die Schilderungen wurden mit Interesse von den Anwesenden aufgenommen und von der Vorsitzenden bestens verdankt.

Von der 23. Jahresversammlung des Schweiz. Gemeinnützigen Frauenvereins in Davos

(18.—20. Juni).

Über Erwarten zahlreich fanden sich aus allen Teilen der Schweiz die Frauen ein, und unter den zweihundert Gemeinnützigen fühlten sich die etwa sieben Herren Vertreter von Kanton, Platz und Vereinen mit verwandten Bestrebungen als gern gesehene Gäste. Die Sektion Davos mit Fräulein Beeli an der Spitze bot alles auf, um den Frauen Arbeit